



# zur debatte

4/2010

Themen der Katholischen Akademie in Bayern



5

Die große Bandbreite und Bedeutung der katholischen Soziallehre betont Erzbischof Reinhard Marx

8

Prof. Dr. Franz Nuscheler stellt die Überzeugungskraft und die Wirkungslosigkeit der Soziallehre gegeneinander



19

Mit regierungsunfähigen Monarchen und Regentschaften befasst sich Dr. Katharina Weigand

21

Prof. Dr. Reinhold Baumstark analysiert die monarchische Repräsentation im Staatsporträt



26

Dem Wandel des Heiligen in der modernen Gesellschaft ist Prof. Dr. Winfried Gebhardt auf der Spur

30

Wie verehrte denn die Kirche im Verlauf der Geschichte das Heilige?, fragt Prof. Dr. Bernhard Schneider



37

Prof. Dr. Thomas Ruster zeigt, wie Wandlung, Eucharistie und Ökonomie zusammenhängen

44

Den Maler Caravaggio in seinem religiösen und zeitlichen Umfeld bringt uns Prof. Dr. Sybille Ebert-Schifferer näher



## Steht der Euro auf der Kippe?

### Herausforderung für die europäische Währung

Die weltweite Finanzkrise bedroht mittlerweile die Stabilität des Euro und damit auch die europäische Wirtschaft. Es gibt sogar die Befürchtung, die EU könnte in dieser Krise scheitern. Rufe werden laut, zur DM-Währung zurückzukehren. Diesen Forderungen stellte sich der frühere Bundesfinanzminister Theo Waigel bei der Abendveranstaltung „Steht der Euro auf der Kippe?“ am 21. Juni 2010

in der Katholischen Akademie entgegen und schilderte die Vorzüge der gemeinsamen europäischen Währung, die Bedeutung der europäischen Einigung, über rein ökonomische Fakten hinaus. Waigel und der Volkswirt Professor Bernhard Herz analysierten die Situation, übten Kritik, wagten aber auch einen insgesamt positiven Ausblick.

## Der Euro – mehr als Mark und Pfennig

Theo Waigel

I.

Als ich heute Nachmittag auf eine Münchner Bank ging und Geld abheben wollte, springt plötzlich ein älterer Herr auf mich zu und schreit: „Der hat uns das Ganze eingebrockt!“ Daraufhin habe ich gesagt: „Und wieviel haben Sie schon verloren? Wissen Sie eigentlich, wie der Euro steht?“ Da wurde er wieder etwas ruhiger. Ein bisschen anders haben sich neulich, als ich im Franziskaner saß, zwei Männer verhalten, die gerade ihren Tafelspitz gegessen haben. Da meint einer zum anderen: „Do schau her, der Waigel; jetzt ko er nix mehr dafür ...“. Wieder anders ein Bürger aus Füssen, der mir neulich schrieb: „Waigel, du wirst erschossen, wenn du die D-Mark nicht wieder einführst!“. Die täglichen Leserbriefspalten, vor allem in der Augsburgener Allgemeinen, sprechen eine eigene Sprache.

Aber Sie können sich darauf verlassen: Ich habe vor niemandem Angst und kann gut schlafen. Denn das, was wir gemacht haben, würde ich wieder machen, und dazu gibt es nach meiner Überzeugung keine Alternative.

Die europäische Gemeinschaftswährung ist kein Werk europabesessener Politiker. Das Ganze hatte eine lange Vorlaufzeit. Schon in den ersten Parteiprogrammen der demokratischen Parteien nach dem Krieg stand eine gemeinsame europäische Währung als Ziel. Ich behaupte, der Euro liegt im existenziellen Interesse der deutschen Wirtschaft. Wenn Sie nachlesen, was Herr Cromme in einem Interview der „Süddeutschen“ dazu sagt, dann glaube



Dr. Theo Waigel, Bundesminister der Finanzen a. D., München

ich, dass die Zahlen großer bayerischer Firmen wie BMW oder Siemens im Moment schlechter aussehen würden, wenn es die Gemeinschaftswährung nicht gäbe.

Ich will jetzt nicht auf Bretton Woods und das System fester Wechselkurse zu sprechen kommen. Interessant ist nur, dass seit Anfang der 70er Jahre, als Bretton Woods zerbrach und zunächst überall flexible Wechselkurse galten,

# Editorial

Liebe Leserinnen und Leser!

Ohne geht es schon lange nicht mehr – ohne die Präsenz im weltweiten Netz, im www. Unsere Adresse dort lautet bekanntlich: [www.kath-akademie.bayern.de](http://www.kath-akademie.bayern.de). Viele von Ihnen werden uns dort schon besucht haben – für die Anmeldung zu einer Veranstaltung oder mit der Bitte um regelmäßige Informationen, beim Erhalt des Newsletters oder einfach zum Nachschauen, was bei uns so läuft. Apropos Newsletter: falls Sie die Einladungen bisher per Post bekommen, sie aber in Zukunft gerne per E-mail hätten – eine kurze Nachricht reicht, und wir stellen um. Aber auch sonst – wenn Sie vielleicht gerade sowieso im Netz sind, klicken Sie uns doch einfach ab und zu an (und gesellen Sie uns Ihren „Favoriten“ zu...!)

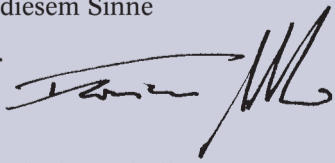
Um aber in diesem Zusammenhang gleich all jene zu beruhigen, die wie ich beim Lesen längerer Texte gerne haptisch vorgehen, d.h. schön Gedrucktes in der Hand halten wollen, um nicht dauernd auf einen Bildschirm starren zu müssen – natürlich wird es die „debatte“ ohne Abstriche weiterhin als gedruckte Zeitschrift geben. Dieses unser Hauptmedium, um die Vorträge, Thesen, Gesprächsbeiträge der Tagungen zu dokumentieren und einer großen Öffentlichkeit weiterzugeben, wird stets unserer besonderen Aufmerksamkeit sicher sein können. Vielleicht haben Sie ja auch bemerkt, dass wir das Layout seit einigen Ausgaben behutsam verändern, um sie immer lesefreundlicher zu gestalten. Im Blick auf das Internet überlegen wir nur, Texte früherer Jahrgänge ins Netz zu stellen.

Soweit sind wir noch nicht. Was aber in diesen Tagen abgeschlossen wird, ist die Erneuerung unserer Homepage. Noch funktionieren nicht alle Seiten und Links, dazu kommt jetzt die Sommerpause. Aber spätestens im Herbst sollte dann alles für Sie überschaubarer, bequemer zugänglich und vor allem attraktiver sein. Prüfen Sie's und geben uns dann Rückmeldung! Dafür wären wir sehr dankbar.

Für heute Ihnen einen gesegneten Sommer, wo immer Sie ihn verbringen. Vielleicht kann ja gerade an fremden Orten die positive Erfahrung auftauchen, dass trotz aller Begrenzungen die Kirche es schon immer war: das „worldwideweb“ ohnegleichen.

In diesem Sinne

Ihr



Dr. Florian Schuller

überall der Versuch unternommen wurde, gerade in Europa, wieder einen Verbund zu schaffen. Weil es nämlich unendlich schwierig ist, bei totaler Flexibilität aller Wechselkurse ein vernünftiges Geschäft abzuwickeln. Es gab den Werner-Plan, es gab von 1972 bis 1978 den Versuch der Währungsschlange, und es kam dann zwischen Helmut Schmidt und Giscard d'Estaing zur Gründung des Europäischen Währungssystems. Die bilateralen Wechselkurse wurden im Rahmen eines Paritätengitters festgelegt, das aber durchaus Realignments vorsah.

## II.

Man muss wissen, was in der Zeit passierte, als es dieses EWS oder die Währungsschlange gab. Allein während des EWS gab es über 20 Realignments. Das führte zu erheblichen Problemen; die Abwertung in den Ländern war für die Länder eine mittlere Katastrophe. Die Aufwertung bei uns führte zu schwierigen Situationen. 1995 hatten wir die stärkste D-Mark in unserer Geschichte. Zehn Jahre zuvor hatte ich zum ersten Mal die Federal Reserve besucht; da bekam man für 1 Dollar 3 Mark 45. Zehn Jahre später, als ich Finanzminister war, bekam ich für 1 Dollar 1 Mark 35. Ich hätte also, wenn das der Inbegriff des Glücks der Deutschen gewesen wäre, die populärste Figur in Deutschland sein müssen. Aber ich hatte nicht den Eindruck, dass die Menschen, wenn sie meiner ansichtig wurden, auf Tische und Bänke gesprungen wären und „Theo gratias“ gerufen hätten! In dem Jahr haben wir 1 % Wachstum und mindestens 500.000 Arbeitsplätze verloren. Das Jahr danach war wegen des Zusammenbruchs der Konjunktur mein schlimmstes Jahr als Finanzminister, mit einem Defizit von 80 Milliarden D-Mark im Bundeshaushalt.

Ich will auch mit einer anderen Legende aufräumen, die von prominenten Leuten, zum Teil sogar von früheren Bundespräsidenten – nicht Köhler – verbreitet wird, die behaupten, die Einführung des Euro sei der Preis für die Zustimmung zur deutschen Einheit gewesen. Das ist blühender Unsinn. Richtig ist, dass wir den Prozess der europäischen Einigung nicht unterbrochen haben. Aber die entscheidenden Voraussetzungen wurden in den Jahren 1987 und 1988 geschaffen, auf dem Gipfel in Hannover und durch die Vorarbeit des Delors-Ausschusses. Die Ergebnisse lagen bereits im Frühling 1989 vor. Richtig ist, dass es den Partnern in Europa, als sie merkten, wir gehen keinen nationalen Sonderweg, wir verabschieden uns nicht aus Europa, leichter fiel, der Einheit Deutschlands zuzustimmen. Aber kein Finanzminister und kein Bundeskanzler hätte sagen können, wir versprechen euch dafür den Euro, denn die Entscheidungen darüber, ob die Kriterien eingehalten werden oder nicht, konnten erst im Jahre 1997, bzw. aufgrund der Ist-Zahlen erst im Jahre 1998 fallen. Die Ratifizierung der Verträge musste mit Zweidrittelmehrheit sowohl im Deutschen Bundestag wie auch im Deutschen Bundesrat erfolgen.

Wo steht heute der Euro? Wenn er heute bei etwa 1,24 Dollar steht, dann liegt er um 6 Cent höher als die D-Mark bei ihrem Abschied. Darum habe ich dem Herrn, der mich in der Bank angefallen hat, gesagt: „Was haben Sie bisher verloren?“ Was die Inflationsziffer anbelangt, lagen wir die letzten zehn Jahre unter 2 %; das ist etwas besser als in den besten Zeiten der D-Mark. Das äußere Potenzial und auch das innere Potenzial sind in Ordnung. Heute ist 1 Euro in D-Mark umgerechnet mehr als das Doppelte an Dollar wert als die

D-Mark im Jahr 1985. Niemand hat sich über die Schwankungen der D-Mark von – ich sage es noch einmal – 1,35 bis 3,45 aufgeregt. In den großen Krisen der letzten zehn Jahre – ich erinnere an den 11. September 2001 in Amerika oder den Jugoslawien-Krieg, oder an die Finanzkrise der letzten zwei Jahre – blieb der Euro stabil und trug entscheidend zur Stabilität des Weltwährungssystems bei.

Ich habe einmal Mitte der 90er Jahre den damaligen Finanzminister Amerikas Bob Rubin und Alan Greenspan gebeten, ob sie nicht einmal etwas Positives über den Euro sagen könnten. Darauf sagte mir Alan Greenspan: „Theo, wenn ich nichts sage, dann ist das schon der Ausdruck meiner vollen Freundschaft zu dir.“ Dann habe ich gefragt: „Und was wirst du einmal in deinen Erinnerungen schreiben?“ Später hat er gesagt: „Vor zehn Jahren habe ich mir gedacht, „the prospects are zero or below zero“, und jetzt muss ich zugeben, ihr habt das gut gemacht. Gott sei Dank, dass es eine zweite große Weltreservewährung gibt. Sie liegt auch im amerikanischen Interesse, damit das Weltwährungs- und das Weltfinanzsystem auf eine breitere Basis gestellt werden.“

Kann sich eigentlich jemand vorstellen, dass wir die Krise der letzten zwei Jahre mit 25 oder 30 verschiedenen europäischen Währungen hätten bestreiten können? Glaubt jemand, dass die deutsche D-Mark, so wie es im alten EWS-System vorgesehen war, 25 oder 30 andere Währungen stützen und als Anker fungieren könnte? Was wäre mit der D-Mark passiert? Wir stünden unter einem Aufwertungsdruck, der noch stärker wäre als 1995; die deutschen Exporte gingen zurück, die deutsche Landwirtschaft käme zum Erliegen, weil sie keine Absatzmärkte mehr hätte, und wir hätten mit Sicherheit wesentlich mehr Arbeitslose und nicht die Wachstumszahlen, die wir, Gott sei Dank, derzeit haben. Lesen Sie einmal nach, was die Industrieführer Deutschlands im Moment dazu sagen.

## III.

Übrigens wären wir auch mit dem alten EWS zu Beistandsverpflichtungen verpflichtet gewesen. Weiß eigentlich jemand, dass 1992/93, um das Pfund und den Franc zu stützen, mit etwa 200 Milliarden Dollar interveniert wurde, um anderen Währungen zu helfen? Dass die Deutsche Bundesbank in zigfacher Milliardenhöhe anderen, damals noch nicht unabhängigen Notenbanken solche Beistandskredite obligatorischer Art zur Verfügung stellte, um damit ein Währungschaos in Europa und in der Welt zu verhindern? Nur eine Tugend hatten wir damals: Wir konnten über solche Dinge schweigen. Denn wenn die Deutschen damals erfahren hätten, wieviel Geld wir innerhalb weniger Tage – einmal waren es innerhalb weniger Tage 95 Milliarden D-Mark – anderen Ländern zur Verfügung gestellt haben – wir haben es natürlich alles zurückbekommen –, und wenn die Deutschen dann noch erfahren hätten, dass ihr Gold nicht in Frankfurt am Main, sondern in Fort Knox gelagert ist, dann hätte ich nicht wissen wollen, was an den Tresen und an den Bankschaltern passiert wäre.

Die Einführung des Euro hat den anderen europäischen Staaten am Anfang mehr genützt als uns. Wir haben damals einen komparativen Vorteil durch sehr niedrige Zinsen aufgegeben. Den hatten wir, die Niederlande und Österreich. Wir haben nichts verloren, aber wir haben damals am Anfang nicht gleich etwas gewonnen. Andere Länder wie z.B. Italien haben damals eine Euro-Rendite von 30 bis 40 Milliarden

Euro gewonnen, weil sie niedrigere Zinsen auf sehr hohe Schulden hatten. Nun muss ich unterscheiden: Italien hat einen Teil dieser Euro-Rendite für die Konsolidierung seines Haushalts verwendet; Griechenland nicht.

Wenn uns manchmal vorgeworfen wird, dass Deutschland die letzten Jahre aus der Währungsunion großen Profit gezogen hat, dann ist das richtig. Und warum? Weil Deutschland eine höhere Stabilität hatte, weil es, nicht zuletzt durch auch sehr stabilitätsorientierte Gewerkschaften, geringere Lohnsteigerungen hatte als andere. Die Löhne sind immer noch hoch, aber die Steigerungsrate ist nicht so stark wie in anderen Ländern. Das, gemeinsam mit Produktivität und mit Restrukturierung der Unternehmen, hat dazu geführt, dass wir jedes Jahr eine reale Abwertung hatten, die uns zugute kam. Darum haben sich unsere Exporte gerade im europäischen Bereich jedes Jahr um 7 bis 8 % erhöht, sehr zum Leidwesen und zum Ärger anderer. Nun muss man denen natürlich klipp und klar sagen: Es kann nicht sein, dass der, der Best Practice hat und Benchmark herstellt, dafür benachteiligt werden soll. Ich kann den Ärger verstehen, aber jeder, der sich anstrengt und auch auf mehr Stabilität und Produktivität schaut, kann das ebenfalls erreichen. Dass der Klassenprimus sich zurücknehmen muss, damit andere aufholen, gehört eigentlich nicht in eine vernünftige Wettbewerbsgesellschaft.

## IV.

Noch einen Punkt: die „no bail out“-Klausel. Richtig ist: Wir haben damals im Vertrag verankert, dass die Gemeinschaft und die Staaten nicht für die Schulden anderer haften. Das ist wahr, und das kann und soll und darf auch nicht geändert werden. Es kann mich aber auch nach dem Vertrag – ich habe mir den Vertrag noch einmal sehr genau angeschaut – niemand daran hindern, auch im eigenen Interesse Hilfe zur Selbsthilfe zu geben, um damit Schaden für das Ganze abzuwenden. Ich sehe also der Klage, die dagegen erhoben wird, mit großer Gelassenheit entgegen. Wenn das Bundesverfassungsgericht sich anders entscheiden sollte, dann würde ich der Bundesregierung raten, gleich zurückzutreten und dem Bundesverfassungsgericht die Hoheitsgewalt in Deutschland zu übergeben, denn wir könnten uns in Europa und in der Welt nicht mehr sehen lassen.

Worin besteht das Problem? Das Problem besteht darin, dass die Staaten sich gerade in den letzten zwei Jahren nachhaltig verschuldet haben, um die Krise zu überwinden. Zwischenzeitlich gibt es weltweit Zweifel, ob die Staaten es schaffen, sich zu konsolidieren. Ich behaupte, die Krise ist gut gelöst worden: Regierungen, europäische Zentralbank, Kooperation: das hat insgesamt gut funktioniert. Ich sehe dazu keine Alternative. Nur mussten die Staaten viel Geld in die Hand nehmen, um das Abgleiten in den Abgrund zu verhindern, und wir standen Zentimeter vor dem Abgrund. Es hat viel Geld gekostet, und man hätte den Menschen zum gleichen Zeitpunkt sagen müssen: Wir müssen uns jetzt auf den Weg machen und werden lange, wahrscheinlich länger als ein Jahrzehnt brauchen, um die Konsolidierungsprobleme wirklich zu lösen. Das ist nicht erfolgt, leider.

Es geht nicht nur um die explizite Staatsschuld, die im Finanzbericht, in der mittelfristigen Finanzplanung oder im Stabilitätsbericht nach Brüssel ausgewiesen wird. Es geht auch um eine Generationenbilanz, die vor ein paar Jahren vom Sachverständigenrat und jetzt auch von anderen Institutionen erhoben wird. Wenn wir alles zusammen-



Die beiden Referenten diskutierten unter der Gesprächsleitung von Andreas Schmidt, (Mi.) Vorstand Bayerische Börse AG, München.

zählen, was im Bereich der Sozialpolitik schon beschlossen ist, dann kommen wir nicht auf eine Staatsschuld von 70 oder 80 %, gemessen am BIP eines Jahres, sondern auf eine heute schon sichtbare Belastung von etwa 300 %, die auf die nächste Generation zukommt. Das erst zeigt den Ernst der Dinge. Darüber sind sich die meisten Menschen nicht im Klaren! Das einer jüngeren Generation zu sagen, die das mit einer kleiner werdenden arbeitenden Generation kaum zu erbringen in der Lage ist, und dies einer älteren Generation, zu der ich gehöre, zu sagen, dass sie für diese Nachhaltigkeit und für diese Tragbarkeitsrechnung ihren Beitrag leisten muss, das ist unendlich schwer und erfolgt kaum.

Ich habe vor ein paar Wochen mit Larry Summers, dem früheren Finanzminister Amerikas und jetzigen ökonomischen Chefberater von Barack Obama, gesprochen. Auch er sagt, kurzfristig kommen wir über die Probleme hinweg; nur, wie wir das langfristig die nächsten 10, 15 Jahre der Bevölkerung klarmachen, da habe ich so meine Sorge. Wobei das Problem weniger in Griechenland besteht, obwohl das natürlich am meisten Diskussion auslöste. 2,6 % der BIP in Europa: das bringt Europa nicht um. Die größeren Probleme sehe ich in den Schulden der großen Länder, z.B. Frankreich oder Italien, oder noch viel größer Großbritannien, mit am größten die Vereinigten Staaten von Amerika, und eine Riesenstaatsschuld, allerdings mit eigenen Ersparnissen, in Japan. Das sind die Probleme, die es zu lösen gilt.

## V.

Nun noch eine Bemerkung zum Stabilitätspakt. Wir haben uns damals im Zusammenhang mit dem Vertrag von Maastricht überlegt: Was ist eigentlich, wenn ein Staat, ein Land zweimal oder dreimal hintereinander alle Voraussetzungen von Maastricht erfüllt und es dann vielleicht Neuwahlen mit einer neuen Mehrheit, einer neuen Regierung gibt, die sagt, wir machen das jetzt wieder ganz anders, so wie früher? Das war die Geburtsstunde des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Wir wollten damit erreichen, dass das Prinzip der Nachhaltigkeit zum Prinzip der europäischen Finanzpolitik wird. Auf keinen Fall über 3 % Defizit, wie in Maastricht festgelegt, aber mittelfristig „close to balance“, also einen Ausgleich und langfristig einen Überschuss, um die riesigen Probleme lösen zu können.

Nun geht es jedem Finanzminister offensichtlich so wie Moses: Er darf einmal ins gelobte Land schauen, aber betreten darf er es nicht. 1989 stand ich vor einem ausgeglichenen Haushalt. Dann kam die Wiedervereinigung, und jedes Jahr flossen 4 bis 5 % des BIPs für die Kosten der deutschen Einheit. Eichel sah eine Chance; aber die Blase zerplatzte und der Traum war vorbei. Sein Nachfolger stand 2008 kurz vor dem Ziel, glaubte schon, es sei erreicht, und dann kommt die größte Finanzkrise seit 1929. Das heißt, solche Rückschläge gibt es immer wieder. Wie behebt man sie? Es ging uns darum, ein System zu entwickeln, das durch Überwachung, möglicherweise auch durch Sanktionen gewährleistet, dass sich jeder Staat an die Vorgaben hält, und zwar nicht nur die des Vertrags, sondern auch an die darüber hinausgehenden Verpflichtungen des Stabilitätspakts. Die Kommission sollte das überwachen.

Dann geschah es allerdings, dass die Deutschen und die Franzosen drei- bis viermal den Stabilitätspakt und den Vertrag verletzten. Normalerweise empfindet man sich dann als Sünder und schaut, dass man möglichst schnell aus dieser Defizit-Zone herauskommt. Es erfolgte genau das Gegenteil: Die Sünder taten sich zusammen, erpressten die anderen, und der Stabilitätspakt wurde geändert. Das war ein miserables Signal, weil natürlich die anderen, kleineren Staaten sagten, so ist es also: Wenn die Großen sündigen, wird der Vertrag oder Pakt geändert; wenn die Kleinen sündigen, werden sie geprügelt. Das führte natürlich nicht gerade zu einem verstärkten Stabilitätsbemühen in Europa.

Dann kam die Krise. Ich will nicht im Einzelnen auf sie eingehen oder darauf, was alles an Konjunkturprogrammen aufgelegt wurde. Der Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von etwa 5 % entspricht einer Größenordnung von rund 125 Milliarden Euro, und wir werden wohl erst im Jahre 2013 wieder da stehen, wo wir im Jahre 2008 gewesen sind. Wie hat sich das auf die Haushalte ausgewirkt? Die sogenannte Defizitquote oder Neuverschuldung liegt in den USA bei gut 10 %, in Japan bei rund 9 %, in Frankreich bei 10 % und in Großbritannien bei knapp 13 %. Der Schuldenstand rauschte überall in die Höhe; in den USA auf rund 75 %, in Japan sind es 200 % des BIP eines Jahres, in Frankreich 82 %, in Großbritannien 80 %, und auch wir werden möglicherweise im nächsten Jahr bei etwa 80 % landen.

Gegenwärtig hat die EU-Kommission gegen etwa 25 Staaten ein Defizitverfahren eingeleitet, und die betroffenen Sünder haben bis 2013 Zeit, ihr strukturelles, also konjunkturbereinigtes Defizit schrittweise zurückzuführen. Die Lage in Deutschland ist etwas besser als in den anderen Staaten, aber auch bei uns haben die haushaltsmäßigen Folgen historisch einmalige Ausmaße angenommen. Die Defizitquote ist auch bei uns über 3 %. Im laufenden Jahr wird das Defizit im Bundeshaushalt auf rund 70 Milliarden ansteigen.

Zu diesen zusätzlichen Ausgaben gab es keine Alternative, denn mitten in der Rezession können Sie nicht alles durch Gegenfinanzierung ausgleichen, zumal ja das Wirken der automatischen Stabilisatoren richtig war und uns ganz sicher beim Arbeitsmarkt ganz erheblich geholfen hat. Um die Dinge wieder in Ordnung zu bringen, brauchen wir etwa für die kommenden Jahre jedes Jahr einen Konsolidierungsbedarf von gut 10 Milliarden Euro. Das ist Thema des Sparpakets. Man kann über dies oder jenes in Einzelheiten geteilter Meinung sein, aber zur Größenordnung und zur Notwendigkeit gibt es keine Alternative.

## VI.

Die Sorgenkinder in Europa sind Griechenland, Italien, Spanien und Portugal. Griechenland ist angesichts des hohen Haushaltsdefizits, der veränderten Zahlen und auch der Trickserei, ganz besonders ins Visier gekommen. Eine Defizitquote von fast 14 % und eine Schuldenstandsquote von über 120 %; hinzu kommt der Tatbestand der kreativen Buchführung. Ich lobe mir die frühere Außenministerin und frühere Bürgermeisterin von Athen, die den Mut hat, als eine der wenigen zu sagen, es ist eine Schande für die Opposition, die an den Dingen beteiligt war, dem Sparprogramm nicht zuzustimmen. Sie hat als Einzige zugestimmt und damit Verantwortung für dieses Verhalten übernommen.

Es ist ein massives Programm, das in Griechenland verabschiedet wird. Man muss sich das einmal vorstellen: starke Erhöhung der Mehrwertsteuer und Verbrauchssteuern, Erhöhung des Rentenzugangsalters, Einstellungsstopp im öffentlichen Dienst, Kürzungen von Renten und Gehaltszahlungen sowie gezielte Strukturereformen. Ich brauche nicht zu sagen, was in dem Land los ist. In den ersten drei Monaten hat es sich jedenfalls bei der ersten Überprüfung gezeigt, dass die Dinge bisher vernünftig

Themen „zur debatte“	
Editorial	2
<b>Steht der Euro auf der Kippe? Herausforderung für die europäische Währung</b>	
Der Euro – mehr als Mark und Pfennig Theo Waigel	1
Steht der Euro auf der Kippe? Herausforderungen für die europäische Währung Bernhard Herz	4
<b>Fachforum Sozialethik. Wirtschaftsordnung – Entwicklungspolitik – Umweltverantwortung</b>	
Voraussetzungen und Ausgestaltung einer gemeinwohlorientierten Wirtschaftsordnung und zum Stellenwert der menschlichen Arbeit Erzbischof Reinhard Marx	5
Ethische Überzeugungskraft und politische Wirkungslosigkeit der katholischen Soziallehre Franz Nuscheler	8
Herausforderungen für die Weiterentwicklung der katholischen Soziallehre angesichts der ökologischen Krise Markus Vogt	10
<b>Die Akademie auf dem 2. Ökumenischen Kirchentag</b>	13
<b>Die Monarchie im 19. Jahrhundert. Anachronismus, Provokation oder Modernisierungsgagentur?</b>	
Die Monarchie im 19. Jahrhundert. Selbstbehauptung und Untergang Dieter Langewiesche	14
Das Monarchische Prinzip im einzelstaatlichen Vergleich. Bayern und Baden Cajetan v. Aretin	17
Der regierungsunfähige Monarch. Regentschaftsfälle in Baden, Preußen und Bayern Katharina Weigand	19
Monarchische Repräsentation im Staatsporträt des 19. Jahrhunderts Reinhold Baumstark	21
Geschichte als politische Waffe. Hauptstädtische Symbol- und Denkmalspolitik in der Monarchie Bernhard Löffler	23
<b>Berührung mit dem Heiligen. Zu einer Grunddimension katholischer Glaubenspraxis</b>	
Sakrale Profanität oder profane Sakralität? Zum Wandel des Heiligen in der modernen Gesellschaft Winfried Gebhardt	26
Das Heilige in nicht-schriftlichen Religionen Josef Franz Thiel	28
Heilige(s) verehren. Eine Spurensuche in der Geschichte der Kirche Bernhard Schneider	30
Heilige Zeiten, Orte und Räume – neu entdeckt?! Klaus Peter Dannecker	33
Sakramente – Gestalt, Begegnung, Vermittlung des Heiligen Josef Freitag	35
<b>Festlicher Abend zum Fronleichnamsausklang</b>	
Wandlung. Eucharistie und Ökonomie Thomas Ruster	37
<b>Junge Akademie Web 2.0 – Ethik 2.0?</b>	
Theorie und Praxis	42
<b>Caravaggio. Glaube und Alltag um 1600</b> Sybille Ebert-Schifferer	44
Gespräch im Päpstlichen Kulturrat	47
Nachrichten aus der Akademie	47
Presse	5/32

laufen. Ob das auf die Dauer geht, kann ich nicht prognostizieren.

Ich bin überzeugt, dass jeder Politiker, der im Moment in Griechenland, in Spanien oder in Portugal das tut, was notwendig ist, bei der nächsten Wahl abgewählt wird. Aber ich meine, man ist es dem Land und dem Gemeinwohl schuldig, sich hinzustellen und zu sagen, lieber werde ich abgewählt, als dass wir noch einmal solche Trickserien und solchen Schindluder mit unseren Finanzen treiben.

Nun wird bei uns sehr leichtfertig geredet: Hättet ihr die doch in Bankrott gehen lassen! Da muss man nur wissen, dass wir der zweitgrößte Handelspartner Griechenlands sind. 180 deutsche Unternehmen sind in Griechenland tätig; in beträchtlichem Umfang werden griechische Anleihen durch deutsche Institute gehalten. Möglicherweise wäre die Bankenkrise in Europa wieder verschärft worden. Über die politische Desintegration brauche ich nichts zu sagen. Es hätte also auch gewaltige Auswirkungen auf Deutschland, auf unsere Wirtschaft gehabt, unabhängig davon, dass eine Ansteckungsgefahr bestand. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres lag das öffentliche Defizit in Griechenland genau im Plan: 8,1 % nach 13,6 % vor einem Jahr.

Ich will jetzt nichts zum Rettungsschirm für die Euro-Zone sagen: Ob er in der Form notwendig war, oder ob man ihn durch früheres Handeln hätte verhindern können. Ich habe von Anfang an dafür plädiert, dass der Internationale Währungsfonds mit seiner Expertise, mit seinen Teams eingeschaltet wird. Ich habe nie verstanden, warum von deutscher Seite Bedenken geäußert worden sind, denn es ist doch hundertmal besser, wenn ein so schwieriges Programm von einem Team aus Washington vom Internationalen Währungsfonds überprüft wird, als wenn dort möglicherweise ein deutscher Kommissar tätig sein müsste. Ich halte das also für richtig. Man kann über die Größenordnung streiten; nur gibt es sachverständige Leute, aus der Europäischen Zentralbank und andere, die sagen, die Situation sei sehr, sehr schwierig geworden. Der Interbankenverkehr sei vor ähnlichen Problemen gestanden wie damals bei Lehman Brothers. Ich kann das nicht beurteilen. Wenn das so wäre, dann hätte natürlich wiederum eine Kernschmelze des Finanzsystems mit unabdingbaren Negativkonsequenzen für uns stattfinden können.

## VII.

Was sind die Konsequenzen für die Neuformierung des Stabilitätspakts? Solche Hilfen nur klar konditioniert geben; jede Tranche nur, wenn vorher erfüllt ist, was zugesagt ist; stärkerer Automatismus beim Stabilitätspakt; das Stimmrecht entziehen, wenn Maßgaben nicht eingehalten werden. Vielleicht das Schwerwiegendste und Beste: Wenn die Vorgaben nicht eingehalten werden, können auch keine Beihilfen mehr gewährt werden. Wenn das geschieht, habe ich die Hoffnung und die Zuversicht, dass ein solches Programm nicht zum Negativerlebnis für den deutschen Steuerzahler wird.

Frankreich versucht jetzt, in Europa eine Wirtschaftsregierung einzuführen. Ich halte das für problematisch. Ich bin sehr wohl für mehr Koordinierung. Ich bin auch dafür, dass die Haushaltsentwürfe vorher angemeldet und begutachtet werden. Das alles kann stattfinden. Aber dass Europa selber die Finanzen und die Wirtschaft in die Hand nimmt, halte ich für kontraproduktiv. Wer soll jetzt zum Beispiel in Spanien oder in Griechenland den Menschen sagen, wie eine selbstverschuldete Krise behoben

werden kann? Das kann doch nicht ein Kommissar aus Brüssel machen, sondern da müssen sich schon die verantwortlichen Politiker des eigenen Landes hinstellen und auch ihre Fehler und Versäumnisse oder die der Vorgängerregierung eingestehen. Eine Wirtschaftsregierung, die nach französischer Sicht wohl vor allen Dingen darin bestehen soll, stärkeren Einfluss auf die europäische Zentralbank auszuüben, halte ich für falsch.

Gibt es Sorgen um die Inflation und die Währungsstabilität? Das kann ich nicht sehen. Sieht man vom Ankauf von Anleihen auf dem Sekundärmarkt ab, hat die europäische Zentralbank in den letzten zehn Jahren keine Entscheidung getroffen, die ich kritisieren würde, sondern eine Performance gehabt und die Stabilität des Euro als einziges Ziel der Währungspolitik im Blick gehabt. Das hat Jean-Claude Trichet genauso gehandhabt wie vor ihm Wim Duisenberg oder vorher die Präsidenten der Deutschen Bundesbank. Ich behaupte, dass die Geldpolitik besser und stabilitätsorientierter war, als die der Federal Reserve in den Vereinigten Staaten.

Tommaso Padoa-Schioppa, früheres Mitglied der Zentralbank und ein großer Deutschlandkenner, hat vor wenigen Tagen geschrieben: „Es ist ein Akt großen politischen Mutes, was in Deutschland im Moment stattfindet. Kein anderes Land der Europäischen Union hat jemals einen solch großen Verzicht auf die eigene Souveränität vollbracht wie Deutschland mit dem Euro.“ Er sagt dann: „Aber das ist Leadership. Was Deutschland in Europa mit auf den Weg nehmen muss, ist keine Hegemonie; es ist das Gegenteil davon. Ohne Leadership geht Europa nicht vorwärts – er meint damit Deutschland –, und die Zerstörung Europas würde für Deutschland das doppelte Risiko mit sich bringen, den Wohlstand zu verlieren und einen Nationalismus in ganz Europa wiederzubeleben.“ Wenn Sie die Wahlen in den Niederlanden und in Belgien verfolgen, kann man erkennen, dass das Problem durchaus vor der Tür steht.

## VIII.

Ich bin philosophisch kein Anhänger von Jürgen Habermas. Aber was er neulich in der ZEIT geschrieben hat, wo er auch die Politik Deutschlands zu diesem Zeitpunkt kritisierte, da heißt es am Schluss: „Mit einem bisschen politischem Rückgrat kann die Krise der gemeinsamen Währung das herbeiführen, was sich manche einmal von einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik erhofft hatten: das über nationale Grenzen hinausgreifende Bewusstsein, ein gemeinsames europäisches Schicksal zu teilen.“ Ich würde mir wünschen, dass die Politiker in Deutschland auf allen Ebenen sich bei jeder Rede nicht nur kritisch mit Europa auseinandersetzen, sondern zunächst einmal sagen, was erreicht wurde.

Da bräuchte jeder nur in die Geschichte seiner Familie hineinschauen. Mein Großvater, 1859 geboren, hat drei Kriege erlebt. Mein Vater hat zwei Weltkriege erlebt und musste in beiden kämpfen. Mein 13 Jahre älterer Bruder hat einen erlebt und ist mit 18 gefallen. Meine drei Kinder erleben eine Zeit des Friedens, wie es sie in Europa nie zuvor gegeben hat. Meine Damen und Herren, ich bitte Sie sehr herzlich: Wenden Sie sich dem Thema Europa nicht nur rational von der Währung her zu, sondern emotional. Denn wenn Europa zerfällt, müssten wir uns am nächsten Tag daran machen, die Scherben wieder zusammenzukitten und das Werk wieder lebendig zu machen. □